

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

Sitzung vom 26. Januar 2022

118. Kantonspolizei, Seepolizei Oberrieden, Gesamtinstandsetzung, Vorstudie (zusätzliche Ausgabe)

Ausgangslage

Die Kantonspolizei Zürich (Kapo) betreibt für die Seepolizei in Oberrieden einen Stützpunkt mit idealer Einsehbarkeit des Zürichseegebietes und zentraler Lage im Einsatzgebiet. Die Seepolizei nimmt die polizeilichen Aufgaben auf allen schiffbaren Gewässern des Kantons Zürich wahr. Zudem führt sie in der ganzen Schweiz anspruchsvolle Tauch-, Such- und Bergungseinsätze sowie interkantonale Polizeitaucher-Ausbildungen durch.

Das Betriebsgebäude aus dem Jahr 1975 mit Seezugang ermöglicht eine grösstmögliche direkte optische Überwachung des Zürichsees. Eine Teilfläche wird von der kantonalen Schifffahrtskontrolle des Strassenverkehrsamtes (StVA) genutzt. Eine Gesamtinstandsetzung des Gebäudes ist aufgrund des Alters unumgänglich. Zudem genügt der vorhandene Raum den heutigen Bedürfnissen nicht mehr, weshalb eine Erweiterung erforderlich ist. Auch die heutigen Sicherheitsanforderungen der Kapo werden nicht mehr erfüllt.

Die Sicherheitsdirektion bzw. die Kapo bewilligte in den Jahren 2013 bis 2015 Vorstudienkredite von insgesamt Fr. 210 000. Die damaligen Planungen wurden aufgrund politischer Diskussionen (u. a. Anfrage KR-Nr. 10/2016 betreffend Luxus-Baute mit Tiefgarage für die Seepolizei) stark verzögert und zwischenzeitlich gestoppt und sollten danach von Grund auf neu beurteilt werden.

Seit Anfang 2020 bewilligte das gemäss Immobilienverordnung (LS 721.1) inzwischen zuständige Immobilienamt bzw. die Baudirektion Erhöhungen des Vorstudienkredits, letztmals mit Verfügung vom 8. Oktober 2021 auf insgesamt Fr. 980 000. Es wurden eine umfassende Zustandsanalyse und eine Machbarkeitsstudie durchgeführt sowie das Raumprogramm und der Einbezug eines angrenzenden Grundstücks des Finanzvermögens (FV) detailliert überprüft. Ergebnisse daraus sind die Reduktion des Raumprogramms und des Parkplatzbedarfs auf das betrieblich notwendige Minimum sowie umfassendere Grundlagen zum Instandsetzungsbedarf. Aus verschiedenen, insbesondere auch finanziellen Gründen wurde auf den Einbezug des angrenzenden Grundstücks verzichtet. Für die Parkierung bei Ausbildungsveranstaltungen werden betriebliche Lösungen vorgesehen.

Projekt

Für das komplexe Projekt an sensibler Lage direkt am See ist ein Projektwettbewerb vorgesehen. Die Vorbereitungen und Durchführung des Verfahrens beanspruchen rund zehn Monate und sollen bis Ende 2022 abgeschlossen sein. Das Verfahren soll klären, wie den Bedürfnissen der Kapo und des StVA in den gegebenen, teilweise beengten Strukturen auf dem vorhandenen Grundstück entsprochen werden kann.

Im Gebäude sind neben den Arbeitsplätzen auch Schlaf- und Ruheräume für den Pikettbetrieb erforderlich. Ebenso stellen die zahlreichen Wasser- und Strassenfahrzeuge besondere Anforderungen an das Gebäude. Da die Seepolizei auf Gewässern im ganzen Kanton Zürich zum Einsatz kommt und zudem auch in anderen Kantonen Spezialeinsätze leistet, sind entsprechende Strassenfahrzeuge, teilweise mit Anhängern für Schiffe und Material, stets einsatzbereit vorzuhalten.

Die Räume der Seepolizei und des StVA sind heute nicht hindernisfrei zugänglich, was den Anforderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes (SR 151.3) widerspricht. Entweder müssen die entsprechend bezeichneten Räume im Erdgeschoss angeordnet werden oder der hindernisfreie Zugang ist mit einem Aufzug zu gewährleisten. Letzteres hätte auch betriebliche Vorteile für Materialtransporte, namentlich beim schweren Tauchmaterial.

Da im Stützpunkt regelmässig interne und interkantonale Polizeitaucher-Ausbildungslehrgänge, Dienstrapporte, Sachverständigen-Sitzungen, Betriebsführungen und externe Führungen stattfinden, sind entsprechende Ausbildungsräume erforderlich.

Finanzielles

Die Kosten für den Projektwettbewerb belaufen sich gemäss Kostenschätzung des Hochbauamts vom 1. Dezember 2021 auf Fr. 900 000. Von der bisherigen Ausgabebewilligung stehen nicht benötigte Reserven von Fr. 70 000 zur Verfügung, sodass die zusätzliche Ausgabe Fr. 830 000 beträgt. Die Kosten setzen sich wie folgt zusammen:

Kostenschätzung (einschliesslich MWST)	Kosten in Franken
<i>Bisherige Vorstudie</i>	
Honorare einschliesslich Nebenkosten (Planungen 2013–2018)	210 000
Zustandsanalyse	255 000
Machbarkeitsstudie	250 000
Prüfung Grundstück FV	130 000
Reserve	65 000
Zwischentotal	910 000

Kostenschätzung (einschliesslich MWSt)	Kosten in Franken
<i>Projektwettbewerb</i>	
Ausschreibung, Vorprüfung,	405 000
Honorare Experten	55 000
Preissumme	270 000
Nebenkosten	70 000
Reserve	100 000
Zwischentotal	900 000
Total gebundene Ausgabe	1 810 000
Davon bewilligte Ausgabe (BD-Verfügung vom 8. Oktober 2021)	980 000
Davon zusätzliche gebundene Ausgabe	830 000

Die Kosten für die Vorstudie einschliesslich Projektwettbewerb belaufen sich auf insgesamt Fr. 1 810 000 und sind gestützt auf § 37 Abs. 2 lit. d des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (LS 611) als gebundene Ausgabe zu bewilligen. Die Verwendung der finanziellen Mittel für die Vorstudie erfolgt im Hinblick auf die Nutzbarmachung kantonalen Gebäude zu Verwaltungszwecken.

Die Kosten gehen zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen. Für das Vorhaben sind im Budget 2022 sowie im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2022–2025 keine Mittel eingestellt. Der Betrag von Fr. 830 000 wird innerhalb der Leistungsgruppe Nr. 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen, kompensiert.

Auf Antrag der Baudirektion und der Sicherheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Für die Vorstudien der Gesamtinstandsetzung des Betriebsgebäudes der Seepolizei in Oberrieden wird zur Ausgabenbewilligung der Baudirektion vom 8. Oktober 2021 eine zusätzliche gebundene Ausgabe von Fr. 830 000 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen, bewilligt. Die gesamte zur Verfügung stehende Ausgabensumme beträgt Fr. 1 810 000.

II. Mitteilung an die Sicherheitsdirektion, die Finanzdirektion und die Baudirektion.



Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:

Kathrin Arioli